

Zeichen der Zeit : dubiose Leasinggeschäfte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **92 (1998)**

Heft 10

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zeichen der Zeit

Dubiose Leasinggeschäfte

Die *Stadt Zürich* sei auf die Idee gekommen, ihren Finanzhaushalt zulasten des US-amerikanischen Fiskus um ein paar Millionen zu verbessern. Sie habe mit einem «Lease and lease back»-Vertrag einfach ihre Verkehrsbetriebe an eine amerikanische Finanzgesellschaft vermietet und gleich wieder zurückgemietet. Das US-amerikanische Steuersystem begünstige derartige Transaktionen durch happige Abschreibungen. Davon profitiere nun auch die Stadt. Einfach so. Ohne die geringste Leistung erbringen zu müssen. – *Ursula Koch* erzählte von diesem Deal am Rande der gemeinsamen Grundwertetagung von «Boldern» und der SP am 2./3. Mai 98. Die Präsidentin der SP Schweiz machte kein Hehl aus ihrer Abneigung gegen dieses Scheingeschäft. Ethische Bedenken habe sie schon als Zürcher Stadträtin geäussert. Damit sei sie jedoch nur auf ein mitleidiges Lächeln gestossen, auch bei den eigenen Genossen. Grundwerte? Ja, aber wohl erst, wenn die Kasse stimmt!

Das Beispiel sollte Schule machen. Bald darauf teilte nämlich die *Zürcher Kantonsregierung* den Medien mit, sie sei ebenfalls auf den Geschmack gekommen. Am Morgen des 24. Juni berichtete das Regionaljournal von Radio DRS, Finanzdirektor *Eric Honegger* prüfe, ob nicht die wertvollsten Immobilien des Kantons, darunter das Universitätsspital, das Universitätsgebäude und das Rathaus, an eine US-Gesellschaft verleast werden könnten. Die «Submission für die Vergabe der Aufträge» sei bereits abgeschlossen, teilte der Chef der kantonalen Finanzverwaltung dem Tagesanzeiger mit (25.6.98).

Ich fühlte mich herausgefordert. Auch beleidigt, denn als Kantonsrat müsste ich demnächst in einem *Parlamentsgebäude*

tagen, über dessen Eingang die Inschrift stehen würde: «Dieses Rathaus ist Gegenstand einer Leasingtransaktion mit Wilmington Trust Delaware / USA.» (Die Firma ist nicht frei erfunden, sondern auf besonderen Täfelchen in Zürcher Trams vermerkt.)

«Wundersame Geldvermehrung»

Ich bin nicht der einzige, der sich über diese scheinbar risikolos sprudelnde *Geldquelle für notleidende Finanzhaushalte* wundert. Im vergangenen Juli wusste FACTS (29/98) über die «wundersame Geldvermehrung» zu berichten: «Am 29. April haben die *Industriellen Betriebe* der Stadt Zürich in aller Stille Leasing-Verträge abgeschlossen, was ihnen eine jährliche Kostenentlastung in Millionenhöhe einbringt.» Der Wert der verleaste Objekte betrage 378 Millionen, im Gegenzug seien der Stadt 26,5 Millionen zugeflossen. Weiter war hier zu lesen, ein amerikanischer Unternehmer habe auch gleich noch die beiden *städtischen Kraftwerke* Mittelbünden und Bergell gemietet. Es sei dies die «weltweit erste Leasing-Transaktion eines Wasserkraftwerks» gewesen – «und mit einem Volumen von 1,7 Milliarden Franken der weltweit grösste Deal dieser höchst ungewöhnlichen Art». Der zuständige Chefbeamte habe den Abschluss des Geschäfts freudig kommentiert: «Eine gute Sache.» Das ist noch heute seine Meinung, wie ich seit ein paar Tagen weiss. Meinen gutgemeinten Versuch, die politische Verantwortung für diesen Deal nicht ihm, sondern der Stadtexekutive zuzuschreiben, wies er unmissverständlich zurück...

Wie weltfremd bin ich eigentlich? Da

stehen im erwähnten FACTS-Artikel noch ganz andere Dinge: Auch die *Rhätische Bahn* habe Lokomotiven und Wagen im Wert von 150 Millionen Dollar an Wilmington Trust Company verleast. Und bereits lasse sich der Kanton Graubünden beraten, wie er auch seine Tunnel nach Übersee verleasen könnte. Die *SBB* hätten 75 Lokomotiven und 73 Doppelstockwagen der Zürcher S-Bahn im Gesamtwert von 1,3 Milliarden Dollar zum Gegenstand einer solchen Transaktion gemacht. Die *Swissair* habe für das Jet-Leasing eine eigene Gesellschaft gegründet, die Flightlease AG. Der Top-Spezialist fürs US-Leasing, ein Herr Senf von der Credit Suisse First Boston (CSFB), wird mit den Worten zitiert: «In Holland gibt's kein Kraftwerk, keine Müllverbrennung und keinen Eisenbahnzug mehr, der nicht verleast ist.» Der Weltmarkt für «Lease and lease back»-Transaktionen belaufe sich in diesem Jahr auf 30 bis 40 Milliarden Dollar, sagt der Fachmann. CSFB sei bei diesem Leasinggeschäft «in vorderster Front» dabei.

Wie der *Deal im einzelnen* funktioniert, kann niemand genau sagen. Die verleasteten Objekte müssen jedenfalls einen *Verkehrswert* von mindestens 200 Millionen Franken aufweisen. Für geringere Beträge lohnte sich der Aufwand nicht. Wenn nun eine Gemeinde, ein Kanton oder ein Staat langlebige Objekte im Wert von 200 Millionen an eine amerikanische Gesellschaft verleasen, so überweist der Partner in Übersee den Betrag an das beteiligte Gemeinwesen. Davon darf dieses etwa 5 Prozent, also 10 Millionen, behalten, die übrigen 95 Prozent oder 190 Millionen verschiebt es auf eine amerikanische Depositenbank. Diese bekommt den Auftrag, das Geld zugunsten des «Investors» anzulegen und die Verpflichtungen für das Zurückleasen nur schrittweise zu tilgen. Damit verbinden sich immense *Steuervorteile*. Der «Investor» kann die Kosten der Transaktion, die auf dem Papier sehr hoch sind, steuerwirksam abschreiben. Und den Gewinn muss er erst in 15 Jahren versteuern. Im Gegenzug darf das Gemeinwesen die zurückbehaltenen fünf Prozent, also 10 Millionen Fran-

ken, als Barwertvorteil für sich kassieren. – Alles klar? Wenn nicht, ist das nur halb so schlimm. Schliesslich braucht die ganze *Steuerumgehungsaktion* einen Vertragstext von jeweils 1400 A4-Seiten. Der Leasingvertrag der Zürcher Verkehrsbetriebe sei sogar «dicker als das Zürcher Telefonbuch», schreibt der Tages-Anzeiger (25.6.98).

Die Gewinnspanne des beteiligten Gemeinwesens schwankt zwischen 3 und 7 Prozent. Einträglich ist das Geschäft aber in jedem Fall. Und es bedeutet für die Vertragspartner erst noch eine Win-Win-Situation. Alle scheinen zu profitieren. Wirklich alle? Beahlt nicht der *US-Fiskus* die Zechen, und mit ihm der amerikanische Steuerzahler, die amerikanische Steuerzahlerin? In der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage sucht der Zürcher Regierungsrat diese Bedenken zu zerstreuen: Denn durch die Einräumung solcher Steuervorteile solle «den betroffenen US-Investoren als guten Steuerzahlern weiterhin ermöglicht werden, die Steuerlasten den eigenen Wünschen entsprechend über die Zeiten zu verteilen». Das sei Wirtschaftsförderung.

«Erst kommt das Fressen...»

Ethik hat im heutigen Geschäftsgebaren einen geringen Stellenwert. Die *neoliberale Ideologie* unternimmt alles, damit der Markt nicht durch moralische Bedenken in seinem reibungslosen Ablauf «gestört» wird. Auch eine Politik, die diese Ideologie verinnerlicht hat, sieht nichts dabei, wenn die wirtschaftenden Subjekte sich ausschliesslich nach der Logik der Gewinnmaximierung richten, selbst wenn zu dieser Logik gehört, jedes erdenkliche Steuerschlupfloch zu nutzen. Als *Martin Ebners BZ Bank* Ende 1997 ihren Geschäftssitz von Zürich nach Freienbach verlegte, um einen Rekordgewinn von 200 Mio. Franken nicht versteuern zu müssen, zeigte Zürichs Finanzdirektor für diese Steuerumgehungen volles Verständnis: «Der Steuerwettbewerb stellt eine Konkurrenzsituation dar, und da verhalten sich die Unternehmen ökonomisch» (TA 12.12.98).

Was den Unternehmen recht ist, soll dem Staat billig sein. Vorbei ist die Zeit, da der Staat dem *Gemeinwohl* verpflichtet war und daher Vorbildcharakter beanspruchte für seine Bürgerinnen und Bürger. Heute scheint alles ganz anders zu sein. Zu lernen, was dem Gemeinwohl dient, hat nicht die Privatwirtschaft vom Staat, sondern der Staat von der Privatwirtschaft. Massgebend sind nicht ethische Werte, sondern Effizienz und Nutzenmaximierung. So will es die neoliberale Politik, die heute Theorie und Praxis des *New Public Management* ideologisch besetzt hält. Und was am Staat nicht privatisiert werden kann, soll sich wenigstens an der Privatwirtschaft orientieren. Den Fiskus durch beliebige Steuertricks abzocken gehört auch dazu. Die ethischen Hemmungen entfallen erst recht, wenn dieser Fiskus ausserhalb der Landesgrenzen liegt. Davon kann und soll auch ein Gemeinwesen wie Zürich oder ein Regiebetrieb wie die SBB profitieren.

Noch gibt es nebst diesem Neoliberalismus auch einen *politischen Liberalismus*, der nicht alles für moralisch unbedenklich hält, was Steuergesetze zulassen. «Doppel-moral in Steuersachen» titelte NZZ-Redaktor *Rudolf Bolli* einen Kommentar zu diesen Leasinggeschäften, die er als «Trickgeschäfte» bezeichnete, «bei denen man dem amerikanischen Fiskus ein Schnippchen schlägt, um ein Schnäppchen zu machen» (15.7.98). Es sei doch nicht «normal», «dass der Eigentümer eines Vermögensgegenstandes, den er selber nutzt, dafür Geld kassiert von jemandem, der mit dem Objekt faktisch gar nichts zu tun hat, sondern es lediglich gemietet hat, um es dem Eigentümer umgehend wieder in Untermiete zur Verfügung zu stellen». Die Doppelmoral sieht Bolli in einer Politik, die einerseits die Steuertricks von Ebner und Co. anprangert und andererseits «Tricks zur Ausnutzung amerikanischer Steuerschlupflöcher als ganz normale Finanzgeschäfte propagiert».

Ein reichlich «lockeres» Verhältnis zu diesen Steuertricks haben leider auch rot-grüne Stadtregierungen. Nicht nur in Zürich, sondern auch in Bern. In der Stadt

Zürich fand nicht einmal eine öffentliche Diskussion über das ethisch fragwürdige Geschäftsgebaren der Gemeindeexekutive statt. In Bern musste sich die städtische Finanzdirektorin *Therese Frösch* (GB) von SP-Seite wenigstens den Vorwurf des Casinokapitalismus gefallen lassen (BZ 24.4.98). Frau Frösch rechnet mit einer einmaligen Einnahme von 20 Millionen Franken für das Verleasen von verschiedenen Verwaltungsgebäuden an eine US-Firma. Als Gegenleistung müsse Bern sich verpflichten, die verleaste Gebäude in den nächsten 15 bis 20 Jahren instandzuhalten, argumentierte Frösch gegenüber der Berner Zeitung (12.3.98). Als ob die Stadt dies nicht auch sonst tun würde... Die Mehrheit des Berner Stadtparlaments fand an diesen Leasing-Transaktionen nichts auszusetzen und lobte die Finanzdirektorin für ihr «innovatives Vorgehen».

Dass die öffentliche Hand in Bern und anderswo zur «hohlen Hand» gegenüber dem amerikanischen Fiskus wird, hat natürlich mit einer bürgerlichen Politik der «leeren Kassen» zu tun, die den rot-grünen Stadtregierungen das Leben schwer macht. Diese Leasinggeschäfte sind Verzweiflungstaten, auch wenn sie sich als soziale Befreiungsschläge ausgeben. Den Vergleich mit Ebners BZ Bank weist Therese Frösch weit von sich, denn Ebner wirtschaftete in die eigene Tasche, während sie als Finanzdirektorin «für ein grosses Gemeinwesen» handle (BZ, 12.3.98). Heiligt also der Zweck die Mittel? Klartext sprach Frösch am 5. Oktober in der Fernsehsendung «Schweiz aktuell», als sie Brecht zitierte: «Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.»

Die Kritik der US-Botschafterin

Es fehlt nicht an Stimmen, die wie die Zürcher Regierung die Leasinggeschäfte beschönigen und behaupten, diese würden letztlich auch beim US-Fiskus positiv zu Buche schlagen. Schliesslich sei bekannt, dass «die Amerikaner» rechnen können... Ich wollte es genauer wissen und schrieb am 28. Juli 1998 der Botschafterin der USA

in Bern, *Madeleine May Kunin*, einen Brief. Darin fragte ich Frau Kunin, was sie von solchen Geschäften halte, ob es Bestrebungen in den USA gebe, dieses Steuer-schlupfloch zu stopfen, und ob es «ethisch überhaupt vertretbar» sei, «dass amerikanische Investoren und schweizerische Gemeinwesen Millionensummen zu Lasten Ihres Staates kassieren, ohne dass dafür irgendeine Leistung erbracht werden müsste».

Mit Datum vom 15. September bekam ich von Frau Kunin eine Antwort, die meine Bedenken bestätigte. Die Botschafterin der USA schreibt, diese «Lease and lease back»-Transaktionen gäben der Abteilung für Steuerfragen in Washington Grund zu *Besorgnis* (cause for concern). Auch werde geprüft, welches Vorgehen in dieser Sache angezeigt sei. Zu meiner Frage nach der ethischen Seite des Geschäfts meint die Botschafterin, zahlreiche Fachleute im Finanzdepartement, aber auch in der Privat-

wirtschaft hielten diese Transaktionen für *missbräuchlich* (abusive). Schliesslich bittet Frau Kunin um ergänzende Informationen, die dem US-Finanzdepartement bei der weiteren Verfolgung des Problems helfen würden.

Ein Bericht der NZZ (30.9.98) über diese Stellungnahme von Frau Kunin erregte einig Aufsehen. Aber nicht etwa in *Zürich*, sondern in *Bern*. Über die Gründe kann ich nur Vermutungen anstellen: In der Stadt Zürich ist der Millionendeal schon abgeschlossen, in Bern steht er unmittelbar vor dem Abschluss. In Zürich stand er nie öffentlich zur Diskussion, in Bern regte sich sogar im Parlament der Widerstand. Vielleicht ist in Bern aber einfach alles etwas vernünftiger als in Zürich, sogar die SVP. Deren kantonaler Finanzdirektor, Regierungsrat *Hans Lauri*, verzichtet nämlich auf Leasinggeschäfte. Sie würden von den wirklichen Problemen der kantonalen Finanzkrise nur ablenken.

Diskussion

Zu Ina Praetorius: Weiberwirtschaft – Subsistenzperspektive – Wissenschaft vom Haushalt (NW 7–8/98)

Korrigierende Erfahrungen aus dem «realen Sozialismus»

Genf, 7. August 1998

Liebe Ina,

mit Freude habe ich im Sommerheft der Neuen Wege Deinen Artikel über feministische Denkansätze in der Ökonomie gelesen und durchdacht. Er hat mir in meinem eigenen Denken weiterge-

holfen. Im Abschnitt «Androzentrismus und moderne Wirtschaft» zählst Du alle möglichen Absurditäten auf, die Kapitalismus und Staatssozialismus produziert haben. Aus meiner Erfahrung der sozialistischen Wirklichkeit – also des «Realsozialismus» in der CSSR – möchte ich aber drei Punkte erwähnen, die Deine Ausführungen ein bisschen korrigieren:

1. Die Beziehung der *Partei zur Intelligenz* war doppeldeutig. Einerseits war die Akademie der Wissenschaften hoch angesehen, andererseits begegnete man einem dauerhaften Verdacht der Intelligenz gegenüber. *Offiziell* war die Schicht der Arbeiter und Bauern hoch angesehen.

2. Die *Priester und Pastoren* genossen kein hohes gesellschaftliches Ansehen und verdienten